

Wissen
haftliche

Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre,
Johanna Sittel (Hg.)

ÖFFENTLICHE SOZIOLOGIE

Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft

esellscha
veränder

campus

Brigitte Aulenbacher ist Professorin für Soziologie an der Universität Linz. *Michael Burawoy* ist Professor für Soziologie an der University of California, Berkeley. *Klaus Dörre* ist Professor für Soziologie an der Universität Jena. *Johanna Sittel* ist dort wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre,
Johanna Sittel (Hg.)

Öffentliche Soziologie

Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-50635-7 Print
ISBN 978-3-593-43540-4 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2017 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Gesetzt aus: Garamond
Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach
Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).
Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort.....	9
Zur Einführung: Soziologie und Öffentlichkeit im Krisendiskurs	11
<i>Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre und Johanna Sittel</i>	
Teil I: Öffentliche Soziologie: Grundlagen und Kontroversen	
Nach dem schnellen Wachstum: Große Transformation und öffentliche Soziologie	33
<i>Klaus Dörre</i>	
Digitale Arbeit, Gewerkschaften und öffentliche Soziologie: Überlegungen zu einem inklusiven Forschungsdesign	68
<i>Hans-Jürgen Urban</i>	
Caring for a Better World? Über Care, Kapitalismus und die Soziologie	84
<i>Brigitte Aulenbacher</i>	
Die Zukunft der Soziologie	99
<i>Michael Burawoy</i>	
Die Grenzen der Soziologie	113
<i>Hans-Peter Müller</i>	
Gegenwartsdiagnose: Öffentlich und/oder Soziologie?	119
<i>Ute Volkmann</i>	

Teil II: Anwendungsfelder öffentlicher Soziologie

Boundary Negotiations: Grenzverschiebungen in den
Nachhaltigkeitswissenschaften 133

Christoph Görg

Vom *mit* und *für* zum *durch*: Zum Verhältnis vom Forschen
und Beforschtwerden sowie zur Erforschung von Commons 146

Silke Helfrich und Johannes Euler

Die Transformation nicht-nachhaltiger Lebensweisen und
die Konturen einer öffentlichen Umweltsoziologie 165

Thomas Barth

Public Sociology in der Bewegungsforschung: Zum Verhältnis
von Soziologie, Gesellschaftskritik und sozialen Bewegungen 176

Dennis Eversberg, Steffen Liebig, Matthias Schmelzer und Nina Treu

Prekarität im Dialog: Arbeitssoziologie als organische
öffentliche Soziologie 189

Ingo Singe und Johanna Sittel

Care-Revolution als Herausforderung für eine
öffentliche Soziologie 201

Tine Haubner

Öffentliche Soziologie zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* 213

Wilhelm Heitmeyer

Teil III: Internationale Erfahrungen

Gewalt im Geschlechterverhältnis als Thema von Public Sociology 231

Carol Hagemann-White

Selbstmord als Protest und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit:
Öffentliche Soziologie für eine bessere Welt 243

Margaret Abraham

Partei ergreifen: Verheißungen und Fallstricke einer öffentlichen Soziologie im Apartheid-Südafrika	260
<i>Edward Webster</i>	
Kritisches Engagement auf Feldern der Macht: Zyklen des soziologischen Aktivismus im Post-Apartheid-Südafrika	274
<i>Karl von Holdt</i>	
Public Sociology oder Politikberatung? Erfahrungen aus Argentinien	293
<i>Javier Pablo Herms</i>	
 Teil IV: Öffentliche Soziologie, Medien, Politik	
Sprachbarrieren.....	309
<i>Oliver Hollenstein</i>	
Doing Public Sociology: Das Dilemma öffentlicher Soziologie als öffentliche Nicht-Wissenschaft.....	319
<i>Stefan Selke</i>	
Die Public Sociology des Konvivialismus: Strategien und Probleme.....	335
<i>Frank Adloff</i>	
Öffentliche Sozialwissenschaft und Politik: Die Rolle der Wirtschaftswissenschaften	345
<i>Till van Treeck</i>	
Public Sociology: Eine Chance für politische Interventionen?	357
<i>Benjamin-Immanuel Hoff</i>	
Das Theater als Ort öffentlicher Soziologie	370
<i>Heinz Bude</i>	
Autorinnen und Autoren	376

Vorwort

Mit einiger Verspätung nimmt die Debatte um *public sociology*, die in der internationalen *scientific community* seit einem guten Jahrzehnt geführt wird, auch im deutschsprachigen Raum allmählich Fahrt auf. Mit dem vorliegenden Band beabsichtigen die Herausgeberinnen¹, die Diskussion nicht nur fortzuführen, sondern auch um eine wichtige Dimension zu erweitern. Können sich Gesellschaften, die eine große, krisenhafte Transformation durchlaufen, eine Wissenschaft von der Gesellschaft leisten, die vornehmlich um sich selbst kreist und auf einen Dialog mit der Öffentlichkeit verzichtet? So lautet die implizite Frage an die Autoren des Bandes, die unterschiedlich und teilweise kontrovers beantwortet wird. Das Buch dokumentiert Teil- und Zwischenergebnisse zu einem Metathema der DFG-Kollegforschungsgruppe »Postwachstumsgesellschaften«, die am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena angesiedelt ist. Den Anlass für das Buch bot eine Tagung zu »Public Sociology – Wissenschaft und gesellschaftsverändernde Praxis«, die das Kolleg in enger Kooperation mit der Johannes Kepler Universität Linz im Januar 2015 durchgeführt hat. Die Geschichte des Buchs reicht aber noch weiter zurück. Sie beginnt mit einer Konferenz zu *precarious societies* in Johannesburg, als deren Schirmherr Michael Burawoy fungierte, an der Klaus Dörre als Referent teilnahm und die, gewissermaßen im Beiprogramm und unter dem unmittelbaren Eindruck der blutigen Ereignisse von Marikana, ein überaus inspirierendes Treffen mit der *public-sociology*-Arbeitsgruppe Johannesburg ermöglichte. Es folgten Besuche von Michael Burawoy und Eddie Webster, SWOP Johannesburg, in Jena, an denen auch Brigitte Aulenbacher und Johanna Sittel beteiligt waren. Aus diesen Treffen erwuchs die Idee zur Konferenz und auch zu dem vorliegenden Band.

¹ Als geschlechtergerechte Sprache wird in diesem Band die stochastische Form verwendet, das heißt die männliche und weibliche Form im Wechsel.

Das Buch ist, so können wir sagen, Produkt einer internationalen, Kontinente übergreifenden Zusammenarbeit. Beflügelt hat uns die außerordentlich positive Resonanz seitens der Teilnehmerinnen an der Jenaer Konferenz. An der Buchproduktion waren ebenfalls zahlreiche Köpfe und Hände beteiligt. Elisabeth Franzmann hat sich bei der Korrespondenz mit den Autorinnen, der Koordination und dem Redigieren der Buchbeiträge besonders verdient gemacht. Ihr sind wir zu besonderem Dank verpflichtet. Großer Dank gilt Cora Puk und Anna Mehlis sowie Sophie Bose, Julia Haas, Greta Hartmann, Heidemarie Schütz und Rebecca Sequeira für die Bearbeitung und Formatierung der Texte. Jan-Peter Herrmann und Marek Höhn haben bei der Übersetzung englischer und spanischer Beiträge hervorragende Arbeit geleistet. Alle Genannten haben zur Entstehung eines Buches beigetragen, dessen implizite Leitfrage eines Tages, so hoffen wir jedenfalls, mit einem Achselzucken quittiert werden wird: Benötigt eine Wissenschaft von der Gesellschaft gesellschaftliche Öffentlichkeit? Ja, was denn sonst!

*Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre und Johanna Sittel,
Berkeley, Linz, Jena und Populonia im Dezember 2016*

Zur Einführung: Soziologie und Öffentlichkeit im Krisendiskurs

Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre und Johanna Sittel

Es liegt noch kein Vierteljahrhundert zurück, als Francis Fukuyama in einem inzwischen weltbekannten Buch (Fukuyama 1992) das Ende der Geschichte verkündete und damit nicht nur die Soziologie, sondern auch die Sozialwissenschaften insgesamt mit einer doppelten Herausforderung, man könnte auch sagen: Abwertung, konfrontierte. Einerseits hatte der Kollaps des staatsbürokratischen Sozialismus die große Mehrzahl der Soziologen überrascht, was zu öffentlichen Zweifeln an der Prognosefähigkeit der Disziplin führte. Andererseits schien nunmehr die Zeit der großen Erzählungen endgültig vorbei. Wenn die Zukunft der kapitalistischen Moderne nur eine – vielleicht ein wenig modifizierte – kapitalistische Moderne sein konnte, so war, wie viele meinten, in der Soziologie und in den Sozialwissenschaften allgemein Bescheidenheit angesagt. Da ohnehin nicht viel mehr blieb, als den Dschagannath-Wagen der Moderne (Giddens 1995) in seiner unaufhaltsamen Fahrt hin und wieder ein wenig in der Richtung zu beeinflussen, konnte die Soziologie Ansprüche, zur »Besserung von Gesellschaft« (Eßbach 2014: 33) beitragen zu wollen, getrost ignorieren und sich stattdessen der Ausdifferenzierung ihrer Forschungsgegenstände und Methoden widmen. Als Krisenwissenschaft wurde sie offenbar nicht mehr gebraucht und für die Einlösung des sozialtechnokratischen Steuerungsanspruchs, der nach der Revolte von 1968 in vielen Ländern zu einer Expansion des Fachs geführt hatte, fehlten ihr schlicht die Partner in Politik und Zivilgesellschaft. Derart sich selbst überlassen, war die Frage nach geeigneten Öffentlichkeiten für ihre Forschungen aus Sicht zahlreicher Soziologinnen schlicht irrelevant. Wer nicht gebraucht wurde, musste nach Öffentlichkeit nicht streben, und wer es dennoch tat und seine wissenschaftliche Reputation nutzte, um im öffentlichen Raum präsent zu sein,

war häufig – Ausnahmen bestätigen die Regel – auf Distanz zu praktischen Verwendungszusammenhängen bedacht.¹

1. The (Sociological) Revolution Can (Not?) Be Televised

Spätestens seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 tragen solche Grundhaltungen nicht mehr. Das spüren viele im Fach, doch auch und gerade in Deutschland fällt es offenbar schwer, disziplinäre Weichenstellungen und Wissenschaftstraditionen zu verändern. Als Immanuel Wallerstein, Michael Mann, Randal Collins, Georgi Derlugian und Craig Calhoun – allesamt anerkannte Größen im Fach – ihren »Weckruf an die Sozialwissenschaften« veröffentlichten (Wallerstein u.a. 2013), verhallte dieser in Deutschland weitgehend ungehört. Dabei schien das, was die Autoren des »Weckrufs« zu sagen hatten, nach soziologischer Debatte geradezu zu schreien, und in konstruktiver Kontroverse deuteten sie an, welche Fragen in einer solchen Diskussion zu klären wären. Wallerstein und Collins interpretieren die Zäsur von 2008/09 als Vorspiel für den unumkehrbaren Niedergang des gesamten kapitalistischen Weltsystems. Eine große Systemkrise erwarten die beiden Autoren in der Zeit zwischen 2030 und 2050. Mann und Calhoun widersprechen mit guten Argumenten, halten eine Revitalisierung des Kapitalismus für möglich, wissen sich mit ihren Kontrahenten aber darin einig, dass wir uns inmitten einer bereits im Gange befindlichen großen gesellschaftlichen Transformation befinden, die auch das Selbstverständnis von Wissenschaft allgemein und von Soziologie im Besonderen berührt. Sieht man von prominenten Ausnahmen wie etwa Wolfgang Streeck (2015) ab, so wird das im Fach selbst öffentlich aber kaum thematisiert. Sicher, auch in Deutschland können Soziologen nach langer Zeit das K(apitalismus)-und-K(risen)-Vokabular wieder benutzen, ohne gleich schädliche Folgen für die wissenschaftliche Karriere fürchten zu müssen. Mehr noch, Kapitalismus- und Gesellschaftskritik

¹ Zu den wenigen Ausnahmen gehören weltbekannte Persönlichkeiten wie Ulrich Beck, Pierre Bourdieu, Anthony Giddens oder – sofern man ihn zu den Soziologen zählen möchte – Jürgen Habermas, die mit ihren Zeitdiagnosen nicht nur das Fach, sondern ebenso die Gesellschaft aufgerüttelt haben und bis dato sozialwissenschaftlich kaum beachteten oder vergessenen Themen wie ökologischen Risiken, Prekarität u.a.m. zu neuer Bedeutung verholfen haben.

sind wieder hoffähig geworden und haben Eingang auch in die Feuilletons der Qualitätspresse gefunden.

Man kann als Soziologin und Sozialwissenschaftlerin öffentlich über das vermeintlich bevorstehende Ende des Kapitalismus rasonieren oder gar behaupten, dass wir uns längst auf eine andere, eine nachkapitalistische Gesellschaft zubewegen – all das bleibt aber zumeist merkwürdig konsequenzlos. Mitunter gewinnt man den Eindruck, als überbiete sich die akademische Kapitalismuskritik im ständigen Ringen um Originalität geradezu in (schein)radikalen Posen. Doch ihr Schicksal ist häufig genug dasjenige, welches Revolutionäre in der Rock- und Popmusik seit langem beklagen. »Revolution can not be televised«, verkündete Gil Scott-Heron, der Urvater des Hip-Hop seinerzeit optimistisch. »The Revolution *will* be televised«, schallt es vom jüngsten Album des Blues-Gitarristen Jeff Beck (gemeinsam mit Carmen Vandenberg und Rosie Bones) zurück. Weit davon entfernt, den Mainstream des Fachs zu bestimmen, geht es soziologischer Kapitalismusanalyse und -kritik ähnlich. Intellektuell brillant, gut formuliert und – zumindest scheinbar – möglichst weit entfernt von dem, was im politischen Raum zur Entscheidung ansteht, kann sie mitunter selbst in Deutschland Preise gewinnen. Aber besitzt sie deshalb tatsächlich eine öffentliche Stimme, die ernst genommen wird? Und vermag sie, sofern sie diesen Anspruch überhaupt erhebt, Einfluss auf die im Gange befindliche gesellschaftliche Transformation oder zumindest auf die Debatte über diesen Wandel zu nehmen?

Der vorliegende Band beinhaltet einen Versuch, diese Fragen zumindest anzugehen. Er umreißt – in konzeptuellen Beiträgen, mit durchaus unterschiedlichen Begründungen, über die Präsentation praktischer Beispiele und gelegentlich durchaus kontrovers – das Projekt einer *public sociology*, deren vornehmstes Anliegen darin besteht, soziologischer Forschung und Expertise im gesellschaftlichen Umbruch öffentlich Gehör zu verschaffen. Damit bewegen sich die Autorinnen in eine internationale Diskussion hinein, welche öffentliche Soziologie als Modus der Wissensproduktion anerkennt, der die professionelle, die angewandte² und die kritische Soziologie voraussetzt, aber dennoch etwas Eigenes, etwas Besonderes verkörpert. Während die professionelle Soziologie Forschungsprogramme realisiert und die dazu nötigen Begriffe, Theorien, Prämissen

2 Da »politische Soziologie« im Deutschen bereits fest mit dem Forschungsfeld der Politik assoziiert ist, wird Michael Burawoys *policy sociology* in diesem Band als angewandte (politikberatende) Soziologie übersetzt.

und Fragestellungen generiert, leistet die angewandte Soziologie den Transfer soziologischen Wissens an diverse Klienten. Die kritische Soziologie fungiert für beide Ausprägungen soziologischen Wissens als Reflexionsinstanz (Burawoy 2015: 65, 74). Öffentliche Soziologie setzt die professionelle, die angewandte und die traditionelle kritische Soziologie voraus, fügt ihr jedoch etwas Neues hinzu. Aufgabe einer *public sociology* ist es, die »Soziologie in ein Gespräch mit Öffentlichkeiten« zu bringen (Burawoy 2015: 56). Sie ist ein Versuch, die Interaktionen von Wissenschaftlerinnen und die Praxis sozialer Akteure auf eine neue Grundlage zu stellen, indem sie die Veränderungen im wissenschaftlichen Feld zum Ausgangspunkt nimmt.

Eine neue Welle der *marketization* (Burawoy), der Ökonomisierung (Aulenbacher) oder auch der kapitalistischen Landnahme (Dörre, Sittel) ist dabei, den Elfenbeinturm reiner Wissenschaft unwiderruflich zu zerstören. Die Sozial- und Geisteswissenschaften sind davon in ihrer Existenz bedroht. Im angelsächsischen Sprachraum, sei es, so der Kulturwissenschaftler Terry Eagleton, durchaus denkbar, dass es in absehbarer Zeit an den Universitäten keine institutionell abgesicherten Geisteswissenschaften mehr geben werde. In Deutschland sind wir von solchen Horrorszenarien noch weit entfernt und die Kommodifizierung der Hochschulen ist trotz aller Parallelen deutlich weniger vorangeschritten als in Großbritannien oder in den USA. An der Grundaussage ändert das jedoch wenig. Der Elfenbeinturm reiner Wissenschaft zerfällt und alle ständischen Versuche ihn wiederherzustellen, werden scheitern. Dies zu erkennen, erschließt die Möglichkeit zu einer *public sociology*, deren Grundidee besagt, dass die veränderte Wissensproduktion im sozialwissenschaftlichen Feld ein grundsätzliches Interesse von Soziologen konstituiert, mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zu interagieren, die sich der Kommodifizierung des Wissens aus fachlichen Gründen widersetzen. Diese Überlegung betrifft das Fach insgesamt. Die Soziologie kann, diese Prämisse teilen alle Herausgeberinnen, künftig nur als Anwältin einer Zivilgesellschaft bestehen, die das Soziale gegen die »Tyrannei des Marktes und des staatlichen Despotismus« (Burawoy 2015: 89) verteidigt. Aber wie, in welcher Weise kann das geschehen, ohne dem »can be televised« im Erfolgsfall Tür und Tor zu öffnen? Und, skeptischer noch, ist der Erfolg einer öffentlichen Soziologie überhaupt möglich?

Ein erster, notgedrungen oberflächlicher Blick auf die deutsche Soziologie stimmt nicht allzu optimistisch. Während die Debatte um eine öffent-

liche Soziologie in der transnationalen *scientific community* und im Kontext der International Sociological Association (ISA) schon seit mehr als zehn Jahren mit großer Resonanz und überaus kontrovers geführt wird³, ist sie im deutschsprachigen Raum bislang trotz erfreulicher Bemühungen (zum Überblick: Aulenbacher/Dörre 2015) noch nicht so recht in Gang gekommen. Im Fach selbst gibt es erhebliche Skepsis, ob die zeitgenössische Soziologie überhaupt Wissen produziert, das in größeren Öffentlichkeiten Beachtung finden könnte. Soziologen, die qua fachlicher Reputation eine öffentliche Stimme besitzen und sich deshalb jederzeit zu wichtigen Fragen gesellschaftlicher Entwicklung äußern können, gelten als Ausnahmen, gegenüber denen die breite Masse der Fachvertreter deutlich abfällt.⁴ Auch hält sich hartnäckig das – konzeptuell unbegründete – Vorurteil, öffentliche Soziologie sei vor allem ein Weg, fachliche Qualitätsstandards zu umgehen. Vor allem jedoch gibt es begründete Zweifel, ob in der Gegenwart überhaupt eine Öffentlichkeit existiert, die in der Lage wäre, gute soziologische Forschungen in ihrer Differenziertheit und Komplexität angemessen zu würdigen. All diese Vorbehalte und Kritiken tauchen auch in der internationalen Debatte auf, in der deutschsprachigen *community*, so scheint es, besitzen sie jedoch eine besondere Beharrungskraft.

Aus diesem Grund halten wir es für sinnvoll, eingangs einen Blick auf das wissenschaftliche Feld, aber auch auf den neuerlichen Strukturwandel der Öffentlichkeit zu werfen, der die Selbstwahrnehmung von Soziologinnen erheblich prägt. Wir beschränken uns dabei auf einige Überlegungen, die uns wichtig erscheinen und erheben keineswegs den Anspruch, über *die* Soziologie sprechen oder *das* Fach insgesamt vermessen zu wollen. Stattdessen argumentieren wir im Kontext eines Projekts, das – aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert – explizit den Anspruch erhebt, in der Auseinandersetzung mit den krisenhaften gesellschaftlichen Umbrüchen der Gegenwartsgesellschaft soziologische Expertise zu entwickeln und diese in geeigneter Form relevanten Öffentlichkeiten zugänglich zu machen. Gemeint ist die Jenaer Kollegforscherinnengruppe »Postwachstumsgesellschaften«, der die Herausgeberinnen in unterschiedlichen

3 Nicht nur rückblickend erweist sich die Frage nach dem Verhältnis von Soziologie und Gesellschaft hier als bedeutend. Ihre Relevanz lässt sich auch am Thema des XIX ISA World Congress of Sociology Toronto 2018 »Power, Violence and Justice: Reflections, Responses and Responsibilities« ablesen, das Margaret Abraham (siehe auch den Aufsatz in diesem Buch) entwickelt hat.

4 Vgl. dazu den Beitrag von Hans-Peter Müller in diesem Band.

Rollen verbunden sind.⁵ Das Kolleg verfolgt als Zielstellung explizit, die Debatte um die Krise des Wachstumskapitalismus in enger Kooperation mit einem internationalen Netzwerk von Instituten zu verfolgen, die sich einer kritischen *public sociology* widmen. Dieses Netzwerk soll dazu beitragen, Möglichkeiten einer Transformation hin zu Postwachstumsgesellschaften in einem globalen Dialog zu bearbeiten. Das Kolleg will den Rahmen für Denksperimente schaffen, die uns die Chance eröffnen, soziologische Expertise in international geführte Kontroversen um die Zukunft moderner Gesellschaften einzubringen.

2. Krisenwissenschaft ohne Krisenbegriff?

Warum fällt es gerade deutschsprachigen Soziologen so schwer, das Konzept einer öffentlichen Soziologie produktiv zu diskutieren? Eine naheliegende Antwort könnte auf die von Max Weber begründete liberal-konservative Tradition des Fachs und den mit ihr verbundenen, häufig allerdings sehr eng ausgelegten Begriff der Werturteilsfreiheit von Sozialwissenschaft verweisen. Doch allein auf diese Tradition und ihre unbestreitbare Gravitationskraft abzustellen, greift letztendlich zu kurz. Das Problem ist auf einer anderen Ebene angesiedelt. Wir wollen das ohne Anspruch auf Vollständigkeit anhand von drei Überlegungen verdeutlichen.

Das (1) vermeintliche Ende der Geschichte hat (nicht nur) die deutsche Soziologie eingeholt. Wissenschaftlerinnen, welche die Evolution sozialer Formationen als abgeschlossen betrachten, schreiben sozialen Krisen, wo und wann immer sie auftreten mögen, keinen systemgefährdenden Charakter zu. Eine Soziologie, die so verfährt, wird jedoch tendenziell zu einer Krisenwissenschaft ohne Krisenbegriff. Dieses Dilemma betrifft die Modi soziologischer Wissensproduktion allerdings in unterschiedlicher Weise. Die professionelle Soziologie kennt viele Krisen. Die Vorstellung einer systemischen Gesellschaftskrise ist ihr jedoch spätestens seit der Implosion

5 Brigitte Aulenbacher und Michael Burawoy gehören dem Kolleg als Permanent Fellows und Impulsgeber an, Johanna Sittel war längere Zeit Mitarbeiterin im Kolleg und arbeitet nun im Forschungsprojekt »Sozial-ökologische Widersprüche kapitalistischer Landnahme in Patagonien« und Klaus Dörre ist, gemeinsam mit Hartmut Rosa und dem Special Fellow Stephan Lessenich, Antragsteller und derzeit Sprecher des Kollegs.

des staatsbürokratischen Sozialismus abhandeln gekommen. Deshalb verfügt sie gegenwärtig über keinen Krisenbegriff, der es ihr ermöglichen würde, die im Gange befindlichen Umbrüche zu deuten. Ein flüchtiger Blick in die Schlagwortregister jüngerer Hand- und Wörterbücher der Soziologie belegt, dass die Kategorie der Krise, wenn überhaupt, allenfalls am Rande vorkommt. Und dort wo sie auftaucht, handelt es sich nicht um einen Schlüsselbegriff soziologischer Expertise.⁶ Auch der Soziologiekongress zu Trier, der sich – das Defizit vor Augen – eine ganze Woche mit diversen Krisen beschäftigte, hat daran – vorerst – wenig geändert. Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass sich Soziologinnen wechselseitig nicht ernst nehmen. Natürlich ist es im Rahmen eines Soziologiekongresses möglich, über eine systemische Krise oder gar das Ende des Kapitalismus zu sprechen. Allein, das Gesagte regt häufig nicht einmal die potenziellen konservativen Gegenspieler auf. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Man mag eine Diagnose für völlig falsch und in ihren Konsequenzen für politisch gefährlich halten, doch man sagt das lieber hinter vorgehaltener Hand. Könnte man doch dem Widerpart durchaus als Gutachter von Forschungsanträgen oder im Review-Verfahren referierter Journals begegnen.

Die beratende Soziologie verfährt anders. Sie macht die Krisen zum Beratungsgeschäft. Hier haben, trotz vorübergehender Reputationsverluste, allerdings noch immer neoklassische Ökonomen mehr als nur eine Nase vorn.⁷ Krisen entstehen für diese Ökonomen aus Markt-, vor allem aber aus Staatsversagen. Die europäische Krise sei, wie der marktradikale Ökonom Hans-Werner Sinn (2013: 103) schreibt, von Staaten und Bevölkerungen verursacht worden, die – wie Griechenland – »durch den billigen Kredit, den der Euro brachte, zu teuer geworden« seien, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Weil sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten, müssten diese Länder nun einer Austeritätskur unterworfen werden, um die Krise zu beenden. Wir alle sind zu Zeugen in einem Labor geworden, in welchem die aus der marktorthodoxen Diagnose abgeleitete Therapie höchst praktisch, das heißt am Beispiel ganzer Bevölkerungen, getestet wurde. Dort, wo sich das Austeritätsdiktat durchsetzte, wirkte es »in gesellschaftlicher und ökonomischer Hinsicht desaströs« (Galbraith 2016: 11). Das ändert nichts daran, dass Spitzenpolitiker wie der deutsche

6 Als Beispiele für – ansonsten sehr gute – soziologische Hand- und Wörterbücher seien genannt: Lamla u. a. 2014; Endruweit u.a. 2014.

7 Vgl. den Beitrag von Till van Treeck in diesem Band.

Finanzminister Schäuble das Austeritätsrezept unverändert zum einzig möglichen erklären. Dabei verschweigen die Propagandisten des »Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt« geflissentlich, dass große Bevölkerungsteile besonders in der unteren Hälfte der Gesellschaft und in den Krisenländern ihre Gürtel vor allem deshalb enger zu schnallen haben, weil sie so die Vermögen kleiner Minderheiten retten sollen, »die selbst viel größere Hosen tragen und keinerlei Willen erkennen lassen, an der Lösung des Problems mitzuwirken« (Blyth 2013: 49).

Das gescheiterte Versprechen ökonomischer Austerität enthält (2) eine Steilvorlage für eine reflexive, kritische Soziologie – so sollte man meinen. Doch auch die gesellschaftskritische Soziologie hat der marktradikalen Theodizee derzeit wenig entgegenzusetzen. In Deutschland hatte sie sich in ihrer durch die Frankfurter Schule repräsentierten Hauptströmung frühzeitig von einem sozioökonomisch fundierten Krisenbegriff verabschiedet. Infolge der Expansion des Wohlfahrtsstaates galten ihr ökonomische Krisen als prinzipiell beherrschbar und industrielle Klassenkonflikte als befriedet. Die kulturalistische Wende in der Soziologie und die im deutschsprachigen Raum besonders ausgeprägte Hegemonie antiproduktivistischer Theoreme beförderten diese Tendenz zusätzlich. Als Folge erkannten kritische Soziologinnen zahlreiche Krisen – die von Arbeit und Arbeitsgesellschaft oder auch die von Natur, Geschlechterverhältnissen oder politischen Systemen. Dass ökonomische Krisenphänomene die Qualität systemischer Bedrohungen annehmen konnten, galt jedoch zumindest mit Blick auf die kapitalistischen Zentren als mehr oder minder ausgeschlossen. Selbst an den Rändern der offiziellen Soziologie, wo die Überreste eines akademischen Marxismus mit ihrer Hinwendung zur französischen Regulationstheorie ein Schattendasein fristeten, implizierte der Bruch mit einem ökonomistischen Kapitalismusverständnis zugleich die Abkehr von der Vorstellung eines möglichen Endes der kapitalistischen Produktionsweise.⁸ Die Konzeption einer zwar krisenhaften, aber dennoch auf Dauer gestellten kapitalistischen Dynamik war und ist jedoch höchst voraussetzungs-voll. So setzt die Theorie eines wohlfahrtsstaatlichen *Spätkapitalismus*, der

⁸ Auf der Suche nach neuen Kompromissformeln »jenseits des Fordismus« geriet die Regulationstheorie, wie Alex Demirović schreibt, gegen ihre eigenen Intentionen in die Nähe zu affirmativer Systemtheorie »wie sie a) keine Krisendynamik in den Blick nehmen kann, die die verschiedenen Regulations- und Entwicklungsweisen übergreifen und mit einer langfristigen und internen Krisentendenz verbunden sind, und b) keinen Begriff für ein mögliches Ende der kapitalistischen Produktionsweise hat« (Demirović 2016: 34).

Klassenkonflikte entschärft und entdramatisiert, als Prämisse voraus, dass ökonomisches Wachstum im Grunde nahezu beliebig in die Zukunft verlängert werden kann. Und auch für regulationstheoretische Ansätze ist die Generierung wirtschaftlicher Prosperität vor allem eine Frage gesellschaftlich umkämpfter, aber prinzipiell möglicher Kompromissbildungen. Was geschieht jedoch, wenn die kapitalistische Wachstumsmaschine dauerhaft ins Stocken gerät? Wie ist gesellschaftstheoretisch zu verarbeiten, dass ein vermeintliches Ende der Geschichte in eine Wiederkehr von Krieg, imperialer Herrschaft, bedrückender Ungleichheit und schlimmsten Formen der Ausbeutung umschlägt?

Auf solch vermeintlich einfache Fragen verweigert selbst die kritische Theorie und Soziologie überwiegend die Antwort. Immerhin gibt es (3) Bewegung im akademischen Feld. Angesichts zahlreicher Krisen hat in der kritischen Soziologie wieder eine Debatte um die Legitimationsressourcen der kapitalistischen Gesellschaftsformation eingesetzt. Dabei zeichnet sich eine Diskursformation ab, die für die deutschsprachige Soziologie geradezu charakteristisch ist. Um selbst innovativ zu sein, greift sie auf Wissensbestände zurück, die in Deutschland zuvor allenfalls von wenigen marxistischen Marktkritikern am Rande der *scientific community* beachtet wurden (Altwater 1987). Gemeint ist Karl Polanyis *The Great Transformation* (Polanyi 1995 [1944]), die auch international zur gegenwärtig wohl wichtigsten theoretischen Referenz der zeitgenössischen kapitalismuskritischen Diskussion geworden ist (Fraser 2011: 137ff.; kritisch: Kocka 2013: 18 f.). Mit Polanyi zu argumentieren, gehört in der *economic sociology* und der Internationalen Politischen Ökonomie mittlerweile zum Standard des Fachs. In Anlehnung an Polanyi wird die Entwicklung des internationalen Kapitalismus von vielen Interpretinnen als Doppelbewegung beschrieben. Durch marktradikale Ideologien forciert, werden marktbegrenzende Institutionen und Organisationen geschwächt, Märkte sozial entbettet und marktabhängige Individuen oder Gruppen einem Wettbewerbsprinzip ausgesetzt, das permanent Gewinner und Verlierer erzeugt. Das *disembedding* von Märkten, als dessen Folge die fiktiven Waren Arbeit, Boden und Geld so behandelt werden, als seien sie Waren wie jede andere, löst inzwischen nicht nur Krisen im globalen Maßstab, sondern auch Gegenbewegungen aus, die sich primär von unten bilden.

Mit der konstatierten Doppelbewegung verbindet sich eine sozialwissenschaftliche Kapitalismuskritik, die nicht an klassenspezifischen Ungleichheiten und Ausbeutung, sondern an den gesellschaftszerstörenden

Konsequenzen freier Märkte ansetzt. Für Polanyi liefern Klasseninteressen »bloß eine begrenzte Erklärung für langfristige gesellschaftliche Entwicklungen« (Polanyi 1995 [1944]: 210), denn klassenspezifische Teilinteressen müssen letzten Endes immer »auf eine Gesamtsituation bezogen sein« (ebd.). Zudem sind Klasseninteressen »vor allem auf Geltung und Rang, auf Status und Sicherheit« gerichtet, das heißt, »sie sind in erster Linie nicht ökonomischer, sondern gesellschaftlicher Natur« (ebd.: 212). Ein allzu eng gefasster Interessenbegriff muss daher nach Polanyi zu einer »verzerrten Vorstellung der sozialen und politischen Geschichte führen« (ebd.: 213), denn er blendet aus, dass rein ökonomische Sachverhalte für das Klassenverhalten weit weniger relevant sind »als Fragen gesellschaftlicher Anerkennung« (ebd.: 212).

Die relativ breite Polanyi-Rezeption, an der auch die Herausgeberinnen des vorliegenden Bandes in unterschiedlicher Weise beteiligt sind, stellt insbesondere für die deutschsprachige Soziologie einen wichtigen Schritt hin zu einem angemessenen Verständnis der krisengeprägten gesellschaftlichen Transformation dar. Doch so brillant Polanyis Analyse des fiktiven Charakters der Waren Arbeit, Boden und Kapital auch ausfällt, so wenig aussagekräftig ist sie hinsichtlich der systemischen Triebkräfte, die sich hinter dem expansiven Markt- und Wettbewerbsprinzip und dessen tiefer Krise verbergen. Denn es ist keineswegs so, dass sich die expansionistische Tendenz des Kapitalismus ausschließlich über Marktvergesellschaftung durchsetzt. Um *marketization* als Krisentreiber angemessen erfassen zu können, muss der Modus Operandi von feldspezifischer Kommodifizierung präzise und mittels empirischer Forschungen analysiert werden. Sobald man sich auf die empirisch fassbare Realität der sogenannten Vermarktlichung einlässt, wird man aber feststellen, dass häufig nicht der Markttausch als solcher, sondern lediglich das Wettbewerbsprinzip verallgemeinert wird. Im Wettbewerb schreiben die Starken den Schwachen vor, welches Leben sie zu führen haben. Selbst in der Privatwirtschaft wird dieses Wettkampfprinzip mit rigiden bürokratischen Mitteln (Kennziffern, Dokumentationspflichten, Zielvereinbarungen und rigider Überwachung) kombiniert. Arbeiter in Großunternehmen spüren weniger den unmittelbaren Druck des Marktes als die Last bürokratischer Kennziffersysteme, die sie mit der Steigerungslogik des »immer mehr und nie genug« konfrontieren. Außerhalb der Privatwirtschaft, etwa im Bereich universitärer Wissenschaft, sind es allenfalls Quasimärkte, in denen um öffentliche Mittel konkurriert und Wettbewerb mittels bürokratisch durchgesetzter Budgetierung erzeugt wird